

DIAS-Kommentar

Nr. 72 • Dezember 2006

Franz Halas / Cornelia Frank

Friedenskonsolidierung mit polizeilichen Mitteln? Die Polizeimission EUPOL- PROXIMA auf dem Prüfstand

www.dias-online.org

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstr. 1 D-40225 Düsseldorf

Herausgeber
Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1 D-40225 Düsseldorf

www.dias-online.org

© 2010, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik (DIAS)

ISBN:

Friedenskonsolidierung mit polizeilichen Mitteln? Die Polizeimission EUPOL-PROXIMA auf dem Prüfstand

Einleitung

Zehn Jahre nach dem Abkommen von Dayton und fünf Jahre nach dem Sturz Slobodan Milošević hält der Balkan die Krisenstäbe westlicher Kapitale weiterhin auf Trab. Das Konglomerat aus Kriegsökonomie, Staatszerfall und nichtstaatlichen Gewaltakteuren aufzulösen, bildet eine komplexe Herausforderung beim euro-atlantischen Krisenmanagement. Verbunden mit dem veränderten Aufgabenprofil staatlicher Sicherheitskräfte bei der Friedenskonsolidierung ist die zunehmende Bedeutung internationaler Polizeieinsätze. Besonders für die EU eröffnet dieser Zweig der zivilen Konfliktbearbeitung im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) neue Möglichkeiten, ihr Profil als sicherheitspolitischer Akteur weiter zu schärfen. Erprobt hat sich die EU im Bereich des Post-Conflict-Policing u.a. mit der internationalen Polizeimission EUPOL-PROXIMA in Mazedonien, die vom 15.12.2003 bis zum 31.12.2005 durchgeführt wurde. Neben den ca. 200 Polizeibeamten aus EU-Mitgliedstaaten nahmen auch Polizeibeamte aus Drittländern an der Mission Teil und es wurden bis zu 150 einheimische Personen beschäftigt. Welche Ziele hat die EU mit der Polizeimission PROXIMA verfolgt und inwiefern konnte sie diese verwirklichen? Welche Probleme gab es bei der Implementierung des Mandats? Ausgehend von einer entsprechenden Evaluation lassen sich Handlungsempfehlungen für künftige Missionen formulieren, wie etwa den Einsatz in Palästina oder die im Irak geplante Mission.

Ziele von EUPOL-PROXIMA

Gemäß des Rates der Europäischen Union waren die Polizeikräfte von PROXIMA mit der Reform des mazedonischen Innenministeriums, dem Aufbau einer multiethnischen Polizei und der Vertrauensbildung zwischen den Konfliktparteien in den ehemaligen Krisengebieten betraut. Die europäischen Polizeibeamten hatten allerdings keine exekutiven Befugnisse, sondern sollten die Behörden Mazedoniens bei der Konsolidierung des Rechtsstaates und der Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung unterstützen, überwachen und beraten (monitoring and mentoring). Dazu gehörten die Bekämpfung organisierter Kriminalität, die Durchführung der Polizeireform, die Schaffung einer Grenzpolizei sowie die Intensivierung der Polizeiarbeit mit den Nachbarstaaten. Darüber hinaus sollte PROXIMA das Vertrauen der mazedonischen Bevölkerung in die örtliche Polizei nachhaltig stärken. Somit war die Polizeimission nicht als eindimensionale Hilfsmaßnahme für Mazedonien konzipiert, sondern zielte auf eine langfristige regionale Stabilisierung ab. Verfolgt wurde eine multidimensionale Strategie, die folgende Programme umfasste :

Public Peace and Order Programme

Das Public Peace and Order Programm konzentrierte sich auf die uniformierten Polizeieinheiten. Die Polizisten wurden in der Ausbildung mit der Rolle der Polizei in einer demokratischen Gesellschaft vertraut gemacht, indem ihnen eine von der EU erarbeiteter Polizeikodex vermittelt wurde. Auf diese Weise sollte ein vertrauenswürdiges Auftreten der Polizeieinheiten in der Öffentlichkeit gefördert werden. Die Korruptionsanfälligkeit der Beamten und Behörden sollte dadurch ebenfalls auf ein Minimum reduziert werden.

Organised Crime Programme

Dieses Programm zielte darauf ab, die Arbeit der Kriminalpolizei zu optimieren. Im Mittelpunkt der Arbeit stand die Bekämpfung von Schwerverbrechen und organisierter Kriminalität sowie damit verbundene Ermittlungstätigkeiten. Vermittelt werden sollten spezielle Untersu-

chungsmethoden und praktische kriminalistische Techniken. Besonderes Augenmerk lag bei diesem Programm auch auf einer Verbesserung der inter-institutionellen Zusammenarbeit von Kriminalpolizei, Geheimdienst und Justiz.

Border Policing Programme

Aufgrund des Mangels an Grenzschutzbeamten wurden Polizisten für diesen Bereich umgeschult bzw. neu ausgebildet. Darüber hinaus bereitete das Programm die neuen Grenzschutzverbände im Rahmen einer „Integrated Border Management Strategy“ auf die Zusammenarbeit mit den Behörden der Nachbarstaaten sowie der EU vor.

Organisationsstruktur von EUPOL-PROXIMA

Das Hauptquartier für die Operation PROXIMA wurde in der mazedonischen Hauptstadt Skopje eingerichtet. Es umfasste sowohl den Verwaltungsapparat der Mission als auch die Operationsleitung. Diese regelte das Tagesgeschäft der Mission und war für die Kommunikation mit Brüssel zuständig. Die Zentrale wertete die Berichte der regionalen Einheiten aus, versorgte die regional stationierten europäischen Polizeibeamten mit Informationen und diente als Anlaufstelle für Rückfragen bezüglich der Verhaltensstrategie, speziell in Notfällen. Insgesamt waren in der Zentrale 41 europäische und 72 mazedonische Beamte tätig. Zur Implementierung der Programme wurden die europäischen Polizeikräfte in allen Regionen Mazedoniens stationiert. Der größte Teil war in den regionalen Polizeidistrikten (SVR) tätig. Darüber hinaus wurden auch in fünf sub-regionalen Distrikten (OVR) Kontaktstellen unterhalten. Bei der Grenzpolizei waren vier Kontaktgruppen vertreten. Jedem europäischen Polizisten war in der jeweiligen Polizeistation ein mazedonischer Verbindungsmann zugeteilt. Diese direkte Verbindung zwischen internationalen und nationalen Beamten auf Führungsebene stellte den praktischen Kern der Polizeimission dar. Die Einheiten in den regionalen Polizeistationen umfassten zwischen 5 und 12 internationale Beamte, in den sub-regionalen Stationen zwischen 2 und 4 Beamte und bei der Grenzpolizei zwischen 3 und 6 Beamte.

Zwei Drittel der getroffenen Maßnahmen waren auf die Verbesserung der Managementfähigkeiten und eine effizientere Ressourcennutzung in den höheren und mittleren Rängen des Polizeiapparats ausgerichtet. Die anderen Aktivitäten dienten dem Transfer von kriminalistischen Fachwissen und der Anwendung polizeilicher Praktiken. Dass der Europäische Kommissar für Erweiterung am 9. November 2005 eine Empfehlung zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Mazedonien ausgesprochen hat, lässt eindeutig auf eine positive Entwicklung des Staates schließen. Zugleich kann dies nur als Teilerfolg eines langwierigen Reform- und Stabilisierungsprozesses betrachtet werden. Welches waren die wichtigsten Probleme, mit denen EUPOL-PROXIMA bei der Umsetzung ihres Mandats konfrontiert war? Welche Lehren lassen sich daraus für künftige EU-geführte Polizeimissionen ziehen?

Probleme der Implementierung

Die Evaluation von PROXIMA bringt vier Problemkreise zu Tage. Neben der heterogenen Polizeiausbildung in den Entsendestaaten, dem Personalmangel und dem begrenzten Adressatenkreis des Mandats bilden die unzureichend etablierten Strukturen im Bereich des zivilen Krisenmanagements der ESVP und die daraus resultierenden Abstimmungsschwierigkeiten mit anderen Akteuren auf europäischer und nationaler Ebene einen vierten Problemkreis von PROXIMA.

1. Europäische Institutionen - Interblocking Institutions?

Obschon die Krisenintervention mit polizeilichen Mitteln „eine Lücke im ganzheitlichen Vorgehen der EU bei Kriseneinsätzen“ schließt, kommen zugleich die strukturellen Defizite der EU besonders zum Tragen. Wie der Blick auf EUPOL-PROXIMA zeigt, fallen die Polizeimissionen durch ihre Brückenfunktion im Krisenmanagement in nicht klar abgrenzbare Verantwortungsbereiche innerhalb der EU. Einerseits war Proxima eine Strategie des Rates der EU zur kurzfristigen Krisenbewältigung, andererseits im Rahmen einer umfassenden Reform

des Innenministeriums Bestandteil eines längerfristigen Prozesses der Institutionenbildung, der den Zuständigkeitsbereich der Kommission tangiert. Als Komponente der ESVP stehen Polizeimissionen in der Verantwortung des Rats der Union. Dieser nimmt seine Aufgaben hauptsächlich durch das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK) und den Ausschuss für zivile Aspekte der Krisenbewältigung (CIVCOM) wahr. Allerdings stehen PSK und CIVCOM als Organe des Rates nicht unmittelbar in Kontakt mit der Kommission und deren Organen. Da die Kommission aber zusätzlich über vielfältige Instrumente verfügt, die direkt oder indirekt mit den Polizeieinsätzen in Verbindung stehen, ist eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Rat und Kommission bei künftigen Missionen unabdingbar. Die unzureichende Verknüpfung beider Organe führt zu teils widersprüchlichem Verhalten, das sich negativ auf die Implementierung des Mandats auswirkt. So werden vorhandene Ressourcen, wie z.B. Erfahrung und Mittel, nicht optimal genutzt, da es keine speziell darauf ausgelegten Mechanismen der Zusammenarbeit gibt.

Koordinierung

An der im Mandat vorgesehenen Rolle des vom Rat ernannten Sondergesandten für die Region werden weitere strukturelle Mängel deutlich. Der Sondergesandte dient zum einen als Kontaktperson des Rats, um über die Lage vor Ort zu berichten. Zum anderen sollte er sämtliche von der EU verfolgten Politiken in der Region aufeinander abstimmen. Dass sich diese Aufgabe durch den organisatorischen Aufwand und Widerstände seitens der Kommission, Kompetenzen abzutreten, nicht einfach gestaltet, ist offensichtlich. Auch wird in dieser Regelung der Widerspruch zwischen Mandat und bestehenden Institutionen deutlich, der in dieser Form nicht überwunden werden kann. Die Koordination müsste bereits vor oder während der Ausarbeitung des Mandats erfolgen, da langfristige Maßnahmen in den Verantwortungsbereich der Kommission fallen und eine Koordinierung weit jenseits der Möglichkeiten und Kompetenzen des Sondergesandten liegt. Vor allem die Abstimmung aller Politiken für eine Region muss von Kommission und Rat gemeinsam bzw. in gemeinsamen Institutionen bewältigt werden.

Finanzierung

Die Betrachtung der Finanzierung der Mission gibt weiteren Aufschluss über das Kompetenzgewirr und die daraus resultierenden Umsetzungsdefizite bei der polizeilichen Konfliktbearbeitung. Für die Finanzierung von EUPOL-PROXIMA wurde eine Kostenteilung erarbeitet, die den Entsendestaaten die Personalkosten, d.h. Gehälter, Zulagen und Kosten für die Reise in und aus dem Einsatzgebiet übertrug. Die weiteren Kosten wurden aus dem Gemeinschaftshaushalt finanziert. Diese Regelung und die Einbettung der Einsätze in eine europäische Gesamtstrategie machen eine inter-institutionelle Abstimmung innerhalb der EU dringend notwendig. Die momentanen Regelungen sind also in mehrfacher Weise ungenügend und spiegeln die Koordinationsschwierigkeiten bei Polizeimissionen innerhalb der EU wieder.

Lehren aus EUPOL-PROXIMA

Bei der Implementierung von EUPOL-PROXIMA kamen die defizitären Strukturen innerhalb der EU sehr schnell zum Tragen. Es dauerte insgesamt drei Monate, bis die Mission mit allen erforderlichen Mitteln, wie z.B. Computern und anderem logistischem Material ausgestattet war, um einen reibungslosen Missionsablauf garantieren können. Es ist also festzustellen, dass das Fehlen eines festen Budgets für Polizeieinsätze und die derzeit noch unzureichende Abstimmung zwischen den EU-Institutionen den Erfolg einer Mission erheblich beeinträchtigen. Dem Problem der Startschwierigkeiten könnte mit der Schaffung sogenannter „start-up kits“ und „start-up funds“, die ausreichend Mittel zur unmittelbaren und vollständigen Implementierung des Mandats zur Verfügung stellen, begegnet werden. Aber auch für eine lang-

fristige Strategie muss ein Modus der Lastenteilung entwickelt werden, der die Fähigkeiten von Kommission und Rat bündelt und harmonisiert. Insgesamt fällt auf, dass der polizeilichen Komponente der ESVP weit weniger Beachtung geschenkt wird als der militärischen Komponente. Dies schlägt sich in einem kleineren Budget und zu wenig Personal nieder und verstärkt die Probleme, die die bestehenden Institutionen ohnehin belasten. Neben den interlocking institutions bildet die Ausbildung einen zweiten Problembereich EU-geführter Polizeimissionen.

2. Heterogene Ausbildung ohne interkulturelle Schulung

Eine Harmonisierung ist nicht nur auf der institutionellen Ebene vonnöten, sondern auch im Bereich der polizeilichen Ausbildung. In der Regel sind die Polizisten durch ihre Ausbildung nicht darauf vorbereitet, in einem geographisch und kulturell fremden Umfeld unter Bedingungen politischer und sicherheitspolitischer Instabilität bei wirtschaftlich-sozialer Unterentwicklung ihren Dienst zu tun. Daraus resultieren unterschiedliche Verhaltensfehler der Teilnehmer internationaler Polizeimissionen. Infolge der nationalen, auf den Inlandseinsatz beschränkten Polizeiausbildung treffen bei internationalen Polizeimissionen teils völlig unterschiedliche Polizeikulturen aufeinander. Daraus ergibt sich das Problem unzureichender Kompatibilität nationaler Ausbildungen und Organisationsstrukturen. So führten unterschiedliche nationale Schwerpunktsetzungen bei der Verbrechensbekämpfung und die Anwendung unterschiedlicher „nationaler“ Polizeipraktiken bei EUPOL-PROXIMA zu einer inkohärenten Implementierung des Mandats. In Abhängigkeit von der jeweiligen Nationalität des Missionsbeamten wurden den mazedonischen Kollegen teilweise unterschiedliche Polizeipraktiken und –methoden vermittelt.

Lehren aus EUPOL PROXIMA

Durch derlei Unstimmigkeiten bei der Implementierung kann mitunter der Eindruck entstehen, dass die EU im Einsatzland eher unionsbezogene Ziele verfolgt als diesem bei der Lösung seiner Probleme zu helfen. Solch eine Entwicklung steht dem Ziel der Vertrauensbildung diametral entgegen und läuft einem einheitlichen Gesamtkonzept der Mission zuwider. War PROXIMA anfangs von erheblichen Unstimmigkeiten gekennzeichnet, so konnten diese im Laufe des zweiten Mandatsjahrs überwunden werden. Abzuwarten bleibt indes, inwieweit die seitens der EU ergriffenen Maßnahmen, wie etwa die Gründung des „European Police College“ (CEPOL) und andere Förderprogramme der Kommission sukzessive zu einer EU-weiten Angleichung der Polizeistandards führen wird. Neben dem Bedarf einer besseren Abstimmung zwischen den EU-Institutionen und der nationalen Polizeiausbildungen bildet der Personalmangel einen dritten Problembereich von PROXIMA und internationalen Polizeimissionen insgesamt.

3. Personalmangel

Neben dreiundzwanzig EU-Staaten waren an PROXIMA noch vier Nicht-EU-Staaten beteiligt. Die Beteiligung von Drittstaaten an EU-Operationen liegt weniger darin begründet, dass die EU durch eine möglichst breite internationale Beteiligung ihre Integrationsfähigkeit zu begründen sucht, sondern ist dem Mangel an eigenen Kapazitäten geschuldet. Zwar haben die Mitgliedstaaten der EU zugesagt, insgesamt 5.713 Polizeibeamte schnell bereitstellen zu können, von denen 1.800 innerhalb von 30 Tagen entsendbar sein sollen. Zu bezweifeln ist allerdings, dass die nationalen Polizeiapparate dazu willens und fähig sind. Denn die Polizeibehörden der EU-Mitgliedsländer verfügen meistens nicht über genügend Personal mit der gewünschten Qualifikation, das sie in erforderlicher Zahl entbehren könnten. Hinzu kommt, dass die Polizisten freiwillig an den Missionen teilnehmen und nicht, wie beim Militär, dazu abkommandiert werden können. So fallen bei der Entscheidung, an polizeilichen Auslandsmissionen teilzunehmen, Überlegungen zur Gefahrenlage und beruflichen Karriere viel stärker

ker ins Gewicht und erschweren eine positive Entscheidung. Für die EU kann dies zu Verzögerungen oder Unstimmigkeiten bei der Implementierung des Mandats führen, wie z.B. nicht besetzte oder inadäquat besetzte Stellen.

Lehren aus EUPOL PROXIMA

Angesichts des Mangels an verfügbaren EU-Polizeibeamten ist der Rückgriff auf Personal aus Drittstaaten zumindest mittelfristig weiterhin vonnöten. Zugleich birgt die Beteiligung von Polizisten aus Staaten, in denen selbst noch erhebliche Defizite im Polizeisektor bestehen, für die EU die Gefahr, an Glaubwürdigkeit einzubüßen. Im Falle von EUPOL-PROXIMA waren mit Beamten aus der Türkei und der Ukraine Staaten vertreten, bei denen es selbst noch erhebliche internationale Bedenken in Bezug auf Rechtsstaatlichkeit und demokratische Polizeikultur gibt. Es muss der EU also sehr daran gelegen sein, Einrichtungen zu etablieren, die glaubwürdig vermitteln können, dass alle an der Mission Beteiligten rechtsstaatliche Standards einhalten. Um das Problem der inadäquaten Stellenbesetzung auszuräumen, müssen vor allem die Nationalstaaten eine Verfahrensweise entwickeln, die es ihnen ermöglicht, der EU schnell und bedarfsgerecht Kontingente zur Verfügung zu stellen. Um sowohl Entsendegeschwindigkeit als auch Ausbildung internationaler Polizeimissionen zu verbessern, wäre die Schaffung permanent verfügbarer, speziell für Auslandseinsätze ausgebildeter Einheiten auf nationaler Ebene sinnvoll.

4. Begrenzter Adressatenkreis

Neben dem Kompetenzwirrwarr der EU-Institutionen, der heterogenen Ausbildung und dem Mangel an qualifiziertem Personal bildet der begrenzte Adressatenkreis des Mandats einen vierten Problemkreis von EUPOL-PROXIMA. Die Implementierungspraxis von PROXIMA greift insofern zu kurz, als sie sich auf die Ausbildung und die Beratung der Führungsschichten der mazedonischen Polizei beschränkt. Infolgedessen sind die Polizisten der unteren Ränge, insbesondere die Straßenpolizisten, dem kontrollierenden Blick der Mission entzogen. Dies birgt die Gefahr, dass die Umsetzung der Mission an einem entscheidenden Punkt – der Beziehung zwischen Polizei und Bevölkerung – scheitert. Fällt doch den Polizisten der unteren Dienstgrade aufgrund ihrer Präsenz in der Öffentlichkeit und ihres direkten Kontakts mit den Bürgern eine tragende Rolle bei der Vertrauensbildung zwischen Polizei und Bevölkerung zu. Somit gefährden Missstände auf dieser Ebene, insbesondere Korruption und polizeiliche Gewalt, nicht nur das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei, sondern lassen auch Erfolge auf den höheren Ebenen fruchtlos werden. Eine Implementierungspraxis, im Zuge derer die Straßenpolizisten weitgehend unberücksichtigt bzw. von der Mission unbeaufsichtigt bleiben, birgt die Gefahr, dass erhebliche Teile der Missionsziele nicht konsequent auf allen Ebenen des Polizeiapparates umgesetzt werden und die dadurch entstehende Grauzone polizeilicher Arbeit den Gesamterfolg der Mission gefährdet.

Fazit

Inwiefern der EU-geführte Polizeieinsatz in Mazedonien von nachhaltigem Erfolg gekrönt sein wird, werden erst die künftigen politischen, ökonomischen und sozialen Entwicklungen in Mazedonien zeigen. Ein Teilerfolg kann EUPOL-PROXIMA aufgrund der ausgewogenen Repräsentation von ethnischen Minderheiten bescheinigt werden. Im Zuge der Umstrukturierung sind sehr viele Albaner neu rekrutiert worden. So stieg der Anteil der im Innenministerium beschäftigten Albaner von 4,5% im Jahre 2001 auf 13,31% im Jahr 2005. Bei den uniformierten Polizeikräften machen die Albaner knapp 17% aus. Unterrepräsentiert sind diese allerdings sowohl in den Führungspositionen als auch bei der Kriminalpolizei und im Innenministerium. Ein weiterer Teilerfolg von EUPOL-PROXIMA ist die sinkende Verbrechensrate. Besonders stark schlägt der beachtliche Rückgang im Bereich der Schwerverbrechen, wie Mord oder Bombenanschläge, zu Buche. Darüber hinaus ist die Dezentralisierung der Polizei, die im Zuge der Reform des Innenministeriums nötig geworden war, weitgehend abgeschlos-

sen.

Oberste Priorität hat bei der aktiven Polizeiarbeit weiterhin die Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Korruption, da diese Liaison nicht nur die gravierendste Bedrohung für die neu geschaffenen rechtsstaatlichen und demokratischen Grundlagen darstellt, sondern auch die größte Gefahrenquelle für erneute ethnische Unruhen. Um dem organisierten Verbrechen und der Korruption langfristig den Boden zu entziehen, muss die wirtschaftliche Situation im Lande entscheidend verbessert werden. Mit dem 2004 geschlossenen Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen versuchte die EU, die Entstehung besserer sozioökonomischer Rahmenbedingungen in Mazedonien zu fördern. Begünstigend wirkt sich sicherlich die Anerkennung des Kandidatenstatus aus, da die EU mit der Aussicht auf Vollmitgliedschaft einen erheblichen Anreiz schafft, damit die mazedonischen Eliten den eingeschlagenen Wirtschafts- und Reformkurs fortsetzen.

Von entscheidender Bedeutung für die internationale Bekämpfung der organisierten Kriminalität ist auch die Grenzsicherheit. Mit dem erfolgreichen Aufbau einer neuen Grenzpolizei kann die Arbeit von EUPOL-PROXIMA positiv bilanziert werden. Durch die direkte Grenze zum Kosovo kommt dem mazedonischen Grenzschutz neben der herkömmlichen Grenzsicherung eine zentrale Rolle bei der regionalen Stabilitätssicherung zu. Die Feuerprobe muss der mazedonische Grenzschutz allerdings erst noch bestehen. Sollte sich die Situation im Kosovo im Zuge der Verhandlungen über den zukünftigen Status des Protektorats erneut destabilisieren, sind grenzüberschreitende Aktivitäten zwischen dem Kosovo und dem hauptsächlich von ethnischen Albanern bewohnten Norden Mazedoniens nicht auszuschließen. Damit verbunden ist die Gefahr einer erneuten Eskalation ethnischer Spannungen in Mazedonien.

Handlungsempfehlungen für künftige EU-geführte Polizeimissionen

Von der Analyse von EUPOL-PROXIMA ausgehend, lassen sich Handlungsempfehlungen für künftige internationale Polizeieinsätze unter der Leitung der EU formulieren. Erstens müssen die materiellen und personellen Polizeikapazitäten der EU erheblich vergrößert werden und dürfen gegenüber dem Ausbau der militärischen Kapazitäten nicht vernachlässigt werden. Erforderlich ist hierfür die Bereitschaft der Entsendestaaten, den Aufbau effektiver und demokratischer Polizeiapparate über einen längeren Zeitraum hinweg mit finanziellen und materiellen Ressourcen zu unterstützen. Schließlich bedeuten diese Polizeireformprojekte langwierige, gesamtgesellschaftliche Lernprozesse, die mit der Einübung völlig neuer Verhaltensstandards verbunden sind. Eine vorzeitige Beendigung der internationalen Polizeimission birgt daher die Gefahr, dass die einheimischen Polizisten in alte Verhaltensmuster zurückfallen und sich die neue, demokratische Polizeikultur nicht konsolidieren kann.

Nichtsdestoweniger besteht angesichts angespannter Haushaltslagen ein erheblicher Rationalisierungsbedarf. Einen gangbaren Weg zur Bündelung von Ressourcen bestünde in der Rollenspezialisierung und im Pooling. Dazu bedarf es allerdings eines gemeinsamen politischen Willens der EU-Mitgliedsstaaten. Dieser bildet auch die Grundlage für die Verwirklichung der zweiten Handlungsempfehlung, wonach die Ausbildung von Polizisten innerhalb der einzelnen EU-Mitgliedstaaten harmonisiert werden muss, um eine kohärente Zusammenarbeit zu gewährleisten.

Bei der Kompensation von Personalmangel durch Drittstaaten muss die EU drittens darauf achten, nicht durch die Beteiligung „fragwürdiger“ Dritter an Glaubwürdigkeit zu verlieren. Vielmehr müssen die Polizisten der verschiedenen Entsendestaaten in gemeinsamen multinationalen Ausbildungslehrgängen im Vorfeld von Missionen auf einen einheitlichen hohen Ausbildungsstandard gebracht werden, der für ein einheitlich professionelles Auftreten der Missionen im Einsatzland unabdingbar ist. Die seitens der EU zu schaffende Standardisierung verbessert zum einen die Zusammenarbeit innerhalb der EU. Zum anderen werden die EU-Standards an Polizisten aus Drittstaaten vermittelt, auf die gegebenenfalls bei künftigen Einsätzen zurückgegriffen werden kann.

Viertens müssen Kommission und Rat besser kooperieren, damit die EU als verlässlicher und

effizienter ziviler Krisenmanager in Erscheinung treten kann. Hierfür müssen die bestehenden Strukturen wesentlich modifiziert bzw. neue geschaffen werden. Die bestehenden Institutionen sind bereits voll ausgelastet und ein umfangreicheres Engagement ist im gegebenen Zustand nicht möglich, wie der relativ geringe Umfang von EUPOL-PROXIMA zeigt. Schließlich müssen internationale Polizeieinsätze fünftens in eine multidimensionale Strategie eingebunden sein, die auf eine nachhaltige Stabilisierung der gesamten Region abzielt. In diesem Zusammenhang kann die EU ihre Position als Krisenmanager im euro-atlantischen Sicherheitsfeld ausbauen. Durch ihr vielfältiges Instrument verfügt sie über ein breites Handlungsspektrum Bereich der zivil-militärischen Konfliktbearbeitung. Der Ausbau polizeilicher Fähigkeiten ist für die EU ein probates Mittel, um sich international noch stärker als Krisenmanager zu etablieren. Zugleich macht die Evaluation von EUPOL-PROXIMA deutlich, wie wichtig die Neustrukturierung des europäischen Sicherheits- und Verteidigungssektor ist. Vonnöten ist die Vernetzung aller am Prozess beteiligten Akteure und Institutionen auf nationaler und europäischer Ebene. Weitere Handlungsanleitungen hierfür liefert das Konzept der vernetzten Sicherheitspolitik.

DIAS-Kommentare

- | | | |
|----|--|--------------------|
| 1 | Alexander Alvaro
Der globalisierte Terror | 29. April 2003 |
| 2 | Michaela Hertkorn
Why do German-US Relations matter to the Transatlantic Relationship | 17. Juni 2003 |
| 3 | Henricke Paepcke
Die Rolle der UNO im Nachkriegs-Irak | 17. Juni 2003 |
| 4 | Panagiota Bogris
Von Demokratie und Bildung im Irak nach Saddam Hussein | 18. Juli 2003 |
| 5 | Ulf Gartzke
Wirtschaft und Gesellschaft: Eine Partnerschaft ohne Alternative | 19. Juli 2003 |
| 6 | Lars Mammen
Herauforderung für den Rechtsstaat – Gerichtsprozesse gegen den Terroristen | 11. September 2003 |
| 7 | Ulf Gartzke
Von der Wirtschaft lernen heißt voran zu kommen | 21. September 2003 |
| 8 | Daniel J. Klocke
Das Deutsche Völkerstrafgesetzbuch – Chance oder Farce | 21. September 2003 |
| 9 | Elizabeth G. Book
US Guidelines a Barrier to German-American Armaments Cooperation | 10. Oktober 2003 |
| 10 | Dr. Bastian Giegerich
Mugged by Reality? German Defense in Light of the 2003 Policy Guidelines | 12. Oktober 2003 |
| 11 | Barthélémy Courtment
Understanding the deep origins of the transatlantic rift | 22. Oktober 2003 |
| 12 | Rolf Schwarz
Old Wine, New Bottle: The Arab Middle East after September 11th | 09. November 2003 |
| 13 | Ulf Gartzke
Irrelevant or Indispensable? – The United Nations after the Iraq War | 15. November 2003 |
| 14 | Daniel J. Klocke
Das Ende der Straflosigkeit von Völkerrechtsverbrechern? | 15. November 2003 |
| 15 | Panagiota Bogris
Erziehung im Irak – Ein Gewinn von Bedeutung | 21. November 2003 |
| 16 | Jessica Duda
Why the US counter – terrorism and reconstruction policy change? | 21. November 2003 |
| 17 | Elizabeth G. Book
Creating a Transatlantic Army: Does the NATO Response Force subvert the European Union? | 29. November 2003 |
| 18 | Holger Teske
Der blinde Rechtsstaat und das dreischneidige Schwert der Terrorismusbekämpfung | 29. November 2003 |
| 19 | Niels-Jakob Küttner
Spanische Momentaufnahme: 25 Jahre Verfassung | 11. Dezember 2003 |

20	Unbekannt Der große europäische Teppich	11. Dezember 2003
21	Unbekannt Die Reform des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und ihre Auswirkungen auf das System Internationaler Friedenssicherung	14. Januar 2004
22	Dimitrios Argirakos Marx reloaded – einige Gedanken zum 155 jährigen Jubiläum des kommunistischen Manifestes	08. März 2004
23	Ulf Gartzke Regime Change à la El Kaida	20. März 2004
24	R. Alexander Lorz Zur Ablehnung des Annan-Plans durch die griechischen Zyperer	27. April 2004
25	Alexander Siedschlag Europäische Entscheidungsstrukturen im Rahmen der ESVP: Möglichkeiten und Grenzen der Harmonisierung	02. Mai 2004
26	Niels-Jakob Küttner Mission stabiler Euro: Eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist dringend notwendig	17. Juni 2004
27	Karim Zourgui Die innere Selbstbestimmung der Völker im Spannungsverhältnis von Souveränität und Entwicklung	02. Juli 2004
28	Dimitrios Argirakos Rückkehr zum Nationalismus und Abschied von der Globalisierung	02. Juli 2004
29	Alexander Alvaro Man zäumt ein Pferd nicht von hinten auf – Biometrische Daten in Ausweisdokumenten	14. Januar 2005
30	R. Alexander Lorz Zurück zu den "Vereinigten Staaten" von Europa	14. Januar 2005
31	Harpriye A. Juneja The Emergence of Russia as Potential Energy Superpower and Implications for U. S. Energy Security in the 21st Century	22. Januar 2005
32	Joshua Stern NATO Collective Security or Defense: The Future of NATO in Light of Expansion and 9/11	22. Januar 2005
33	Caroline Oke The New Transatlantic Agenda: Does it have a future in the 21st Century?	22. Januar 2005
34	Dustin Dehez Globalisierte Geopolitik und ihre regionale Dimension. Konsequenzen für Staat und Gesellschaft	01. Februar 2005
35	Marwan Abou-Taam Psychologie des Terrors - Gewalt als Identitätsmerkmal in der arabisch-islamischen Gesellschaft	01. Februar 2005
36	Dimitrios Argirakos Die Entente der Halbstarken, die neue Weltordnung und Deutschlands Rolle in Europa	10. Februar 2005

- | | | |
|----|--|------------------|
| 37 | Jessica Heun
Die geplante Reform der Vereinten Nationen umfasst weit mehr als die Diskussion um einen deutschen Sitz im Sicherheitsrat wiedergibt... | 17. Februar 2005 |
| 38 | Dustin Dehez
Umfassender Schutz für Truppe und Heimat? | 01. März 2005 |
| 39 | Dimitrios Argirakos
Über das Wesen der Außenpolitik | 02. Mai 2005 |
| 40 | Babak Khalatbari
Die vergessene Agenda- Umweltverschmutzung in Nah- und Mittelost | 02. Mai 2005 |
| 41 | Panagiota Bogris
Die Überwindung von Grenzen – Toleranz kann man nicht verordnen | 09. Mai 2005 |
| 42 | Jessica Heun
Quo vadis Roma? | 17. Mai 2005 |
| 43 | Patricia Stelzer
Politische Verrenkungen - Schröders Wunsch nach Neuwahlen trifft auf Weimarer Spuren im Grundgesetz | 27. Mai 2005 |
| 44 | Daniel-Philippe Lüdemann
Von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Non-governmental Organisations | 02. Juni 2005 |
| 45 | Dr. Michaela Hertkorn
France saying 'Non' to the EU Constitution and Federal Elections in Germany: The likely Impact on Intra – European Dynamics and Transatlantic Relations | 03. Juni 2005 |
| 46 | Babak Khalatbari
Freihandel versus Demokratisierung: Die euromediterrane Partnerschaft wird 10 Jahre alt | 04. Juni 2005 |
| 47 | Edward Roby
A hollow economy | 13. Juni 2005 |
| 48 | Patricia Stelzer
Operation Murambatsvina - Mugabes „Abfallbeseitigung“ in Simbabwe steuert auf eine humanitäre Katastrophe hinzu | 02. Juli 2005 |
| 49 | Lars Mammen
Terroranschläge in London – Herausforderungen für die Anti-Terrorismus-politik der internationalen Gemeinschaft und Europäischen Union | 08. Juli 2005 |
| 50 | Daniel Pahl
Die internationale Ratlosigkeit im Fall Iran | 19. Juli 2005 |
| 51 | Michaela Hertkorn
An Outlook on Transatlantic Relations – after the 'no-votes' on the EU constitution and the terror attacks in London | 22. Juli 2005 |
| 52 | Dustin Dehez
Der Iran nach der Präsidentschaftswahl – Zuspitzung im Atomstreit? | 24. Juli 2005 |
| 53 | Edward Roby
Who 'll stop the winds? | 29. Juli 2005 |
| 54 | Patricia Stelzer
Lost in global indifference | 01. August 2005 |

55	Dustin Dehéz Der Friedensprozess im Südsudan nach dem Tod John Garangs	04. August 2005
56	Dr. Dimitrios Argirakos Die diplomatische Lösung im Fall Iran	12. August 2005
57	Jessica Heun Entsteht mitten in Europa eine neue Mauer?	23. August 2005
58	Wilko Wiesner Terror zwischen Okzident und Orient – neue Kriege ohne Grenzen?	31. August 2005
59	Edward Roby Where do Jobs come from?	04. September 2005
60	Lars Mammen Remembering the 4 th Anniversary of 9-11	11. September 2005
61	Ulf Gartzke The Case for Regime Change in Berlin And Why It Should Matter to the U.S	16. September 2005
62	Sascha Arnautovic Auge um Auge, Zahn um Zahn: Im Irak dreht sich die Spirale der Gewalt unaufhörlich weiter	27. September 2005
63	Dustin Dehéz Ballots, Bombs and Bullets – Tehran's stirrings in Southern Iraq	25. Oktober 2005
64	Michaela Hertkorn Security Challenges for Transatlantic Alliance: an Initial Assessment after German Elections	07. November 2005
65	R. Alexander Lorz The Eternal Life of Eternal Peace	07. November 2005
66	R. Alexander Lorz International Constraints on Constitution - Making	08. November 2005
67	Unbekannt The NATO Response Force – A 2006 Deliverable?	15. November 2005
68	Jessica Heun 10 Jahre nach Dayton – Selbstblockade statt Entwicklung	15. November 2005
69	Hendrik Schulten Wie ist die Feindlage? Umwälzungen im Bereich des Militärischen Nachrichtensystems der Bundeswehr	02. Dezember 2005
70	Edward Roby Transatlantic financial market: integration or confrontation?	12. Dezember 2005
71	Dustin Dehéz Terrorism and Piracy – the Threat Underestimated at the Horn of Africa	25. Dezember 2005
72	Franz Halas/Cornelia Frank Friedenskonsolidierung mit polizeilichen Mitteln? Die Polizeimission EUPOL-PROXIMA auf dem Prüfstand	16. Januar 2006
73	Mark Glasow Neue strategische Überlegungen zur Rolle des Terrorismus` auf der internationalen Bühne	07. Februar 2006

74	Ulf Gartzke What Canada's Prime Minister can learn from the German Chancellor	09. Februar 2006
75	Edward Roby Control of oil is dollar strategy	13. Februar 2006
76	Dr. Lars Mammen Erster Prozess zum 11. September 2001 in den USA – Beginn der richterlichen Aufarbeitung?	10. März 2006
77	Edward Roby New asset class for cosmopolitan high rollers	18. März 2006
78	Daniel Pahl Thoughts about the military balance the PRC and the USA	18. März 2006
79	Dustin Dehé Deutsche Soldaten ins Herz der Finsternis? Zur Debatte um die Entsendung deutscher Truppen in die Demokratische Republik Kongo	18. März 2006
80	Lars Mammen Zum aktuellen Stand der Debatte in der Generalversammlung um eine Umfassende Konvention gegen den internationalen Terrorismus	26. März 2006
81	Edward Roby Clocking the speed of capital flight	17. April 2006
82	Ulf Gartzke Turkey's Dark Past and Uncertain Future	17. April 2006
83	Lars Mammen Urteil im Prozess um die Anschläge vom 11. September 2001 – Lebenslange Freiheitsstrafe für Moussaoui	04. Mai 2006
84	Jessica Heun See no evil, hear no evil, speak no evil... sometimes do evil	23. Mai 2006
85	Tiffany Wheeler Challenges for a Transatlantic Cohesion: An Assessment	23. Mai 2006
86	Dustin Dehé Obstacles on the way to international recognition for Somaliland	29. Mai 2006
87	Dustin Dehé Islamismus und Terrorismus in Afrika – Gefahr für die transatlantischen Interessen?	01. Juni 2006
88	Samuel D. Hernandez Latin America's Crucial Role as Transatlantic Player	21. Juni 2006
89	Sarabeth K. Trujillo The Franco – American Alliance: The Steel Tariffs, Why the Iraq War Is Not A Deal – Breaker, & Why the Alliance Still Matters	21. Juni 2006
90	Matthew Omolesky Polish – American Security Cooperation: Idealism, Geopolitics and Quid Pro Quo	26. Juni 2006
91	Eckhart von Wildenrad A delicate Relationship: Explaining the Origin of Contemporary German and French Relations under U.S. Hegemony 1945 - 1954	26. Juni 2006

92	Gesine Wolf-Zimper Zuckerbrot und Peitsche - zielgerichtete Sanktionen als effektives Mittel der Terrorbekämpfung?	01. Juli 2006
93	Edward Roby The geopolitics of gasoline	10. Juli 2006
94	Michaela Hertkorn Gedanken zu einer Friedenstruppe im Südlibanon	01. August 2006
95	Edward Roby Germany's 2% boom	11. September 2006
96	Lars Mammen Die Bekämpfung des Internationalen Terrorismus fünf Jahre nach den Anschlägen vom 11. September 2001	12. September 2006
97	Dustin Dehéz Running out of Options – Reassessing Western Strategic Opportunities in Somalia	28. September 2006
98	Edward Roby Asian energy quest roils worldwide petroleum market	02. Oktober 2006
99	Christopher Radler Ägypten nach den Parlamentswahlen	11. Oktober 2006
100	Michaela Hertkorn Out-of-Area Nation – Building Stabilization: Germany as a Player within the NATO- EU Framework	16. November 2006
101	Raphael L'Hoest Thailändische Energiepolitik – Erneuerbare Energien: Enormes Potenzial für Deutsche Umwelttechnologie	10. Januar 2007
102	Klaus Bender The Mystery of the Supernotes	11. Januar 2007
103	Dustin Dehéz Jahrhundert der Ölkriege?	11. Januar 2007
104	Edward Roby A Nutcracker for Europe's energy fantasies	14. Januar 2007
105	C. Eduardo Vargas Toro Turkey' s Prospects of Accession to the European Union	25. Januar 2007
106	Unbekannt Davos revives Doha: Liberalized world trade trumps bilateral talk	30. Januar 2007
107	Edward Roby Healthy market correction or prelude to a perfect storm?	19. März 2007
108	Edward Roby Upswing from nowhere	25. Mai 2007
109	Daniel Pahl Restraint in interstate – violence	29. Juni 2007
110	Michaela Hertkorn Deutsche Europapolitik im Zeichen des Wandels: Die Deutsche EU-Ratspräsidentschaft aus der Transatlantischen Perspektive	02. Juli 2007

111	Tatsiana Lintouskaya Die politische Ausgangslage in der Ukraine vor der Wahl	10. August 2007
112	Edward Roby Western credit crunch tests irreversibility of globalization	10. August 2007
113	Holger Teske Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit: Der Niedergang der fünften Republik?	31. August 2007
114	Edward Roby Euro shares reserve burden of wilting dollar	22. Oktober 2007
115	Peter Lundin The Current Status of the Transatlantic Relationship – 4 Points of Consideration	07. November 2007
116	Michaela Hertkorn Challenge of Successful Post – War Stabilization: More Questions than Answers for the NATO-EU Framework	01. Dezember 2007
117	Dimitrios Argirakos Merkels Außenpolitik ist gefährlich	07. Dezember 2007
118	Edward Roby Crisis tests paradigm of global capital – a European perspective	07. Dezember 2007
119	Dr. Christian Wipperfürth Afghanistan – Ansatzpunkt für eine Zusammenarbeit Russlands mit dem Westen	05. Januar 2008
120	Dustin Dehéz Somalia – Krieg an der zweiten Front?	06. Februar 2008
121	Edward Roby Can Europe help repair the broken bubble?	10. Februar 2008
122	Dr. Christian Wipperfürth Bevölkerungsentwicklung in langer Schicht: Mittel und langfristige Konsequenzen	18. März 2008
123	Philipp Schweers Jemen vor dem Kollaps?	18. März 2008
124	Philipp Schweers Pakistan – Eine „neue Ära wahrer Politik“ nach der Wahl?	01. April 2008
125	Christian Rieck Zur Zukunft des Völkerrechts nach dem 11.September – Implikationen der Irakintervention	02. April 2008
126	Christian Rieck Iran and Venezuela: A nuclear "Rogue Axis" ?	02. April 2008
127	Philipp Schweers Towards a " New Middle East" ?	09. April 2008
128	Christian Rieck Ein Versuch über die Freiheit - Nur die Freiheit von heute ist die Sicherheit von morgen	02. Mai 2008
129	Christopher Radler Islamischer Fundamentalismus und Geopolitik – vom europäischen Kolonialismus bis zum Globalen Dschihad	06. Mai 2008

130	Ulrich Petersohn Möglichkeiten zur Regulierung von Privaten Sicherheitsunternehmen (PSF)	09. Mai 2008
131	Edward Roby Food joins energy in speculative global price spiral	09. Mai 2008
132	Edward Roby Central Banks declare war on resurgent inflation	12. Juni 2008
133	Daniel Werdung Airbus vs. Boeing: Neue Tankerflugzeuge für die US - Luftwaffe	12. Juni 2008
134	Christian Rieck Bemerkung zum europäischen Traum	13. Juni 2008
135	Philipp Schweers Zukunftsbranche Piraterie?	13. Juni 2008
136	Philipp Schweers Yemen: Renewed Houthi - Conflict	19. Juni 2008
137	Philipp Schweers Iran: Zwischen Dialogbereitschaft, äußeren Konflikten und persischem Nationalismus	20. Juni 2008
138	Dustin Dehéz Der Ras Doumeira-Konflikt – ist ein Krieg zwischen Eritrea und Djibouti unausweichlich?	09. Juli 2008
139	Philipp Schweers A new security paradigm for the Persian Gulf	09. Juli 2008
140	Edward Roby Mission Impossible: Quell "stagflation" with monetary policy	27. August 2008
141	Edward Roby Wallstreet on welfare, dollar on Skid Row	25. September 2008
142	Burkhard Theile Bankenkrise und Wissensgesellschaft	21. November 2008
143	Christopher Radler Die Anschläge von Mumbai als Machwerk al- Qa'idás?	30. Dezember 2008
144	Edward Roby Credit crisis starts to level global trade imbalances	14. Januar 2009
145	Daniel Pahl Barack H. Obama – Der amerikanische Präsident	20. Januar 2009
146	Christopher Radler Der Einfluss des Internets auf islamistische Gewaltdiskurse	29. Januar 2009
147	Christian Rieck The Legacy of the Nation – State in East Asia	29. März 2009
148	Edward Roby A recovery on credit	04. September 2009
149	Christopher Radler Anmerkungen zur Medienoffensive Al Qa'idás	28. Oktober 2009

- | | | |
|-----|--|-------------------|
| 150 | Rana Deep Islam
Zehn Jahre nach Helsinki – Die türkisch-europäischen Beziehungen in der Sackgasse | 13. Dezember 2009 |
| 151 | Edward Roby
Devil gas takes blame for death and taxes | 16. Dezember 2009 |
| 152 | Vinzenz Himmighofen
Ägyptens Grenzpolitik – Ein Balanceakt | 15. Januar 2010 |

DIAS ANALYSEN stehen unter <http://www.dias-online.org/31.0.html> zum Download zur Verfügung.

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik

2003 an der Heinrich-Heine Universität in Düsseldorf gegründet, versteht sich das DIAS als unabhängige, interdisziplinäre und wissenschaftliche Denkfabrik, die strategische Politikberatung für Kunden aus dem öffentlichen und dem privatwirtschaftlichen Sektor anbietet und als Plattform den Dialog und den Ideenaustausch zwischen Nachwuchskräften aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft ermöglicht bzw. moderiert. Das Institut organisiert zu diesem Zweck jährlich die Düsseldorfer Rede sowie weitere Veranstaltungen mit Vertretern verschiedener Anspruchsgruppen und stellt seine Arbeit der breiten Öffentlichkeit im Rahmen verschiedener Publikationsserien zur Verfügung.

© Copyright 2009, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik,
Universitätsstraße 1 Geb. 24.91, D-40225 Düsseldorf, www.dias-online.org